

Warum widersetzt sich die Regierung einem humanitären Gefangenenaustausch?

(El Tiempo, 03.05.03)

Präsident Uribe wählte just jenen Tag, um bekannt zu geben, dass der Chef der 46. Front der FARC sich ergeben hatte, als die vier früheren liberalen Präsidenten sich für einen Gefangenenaustausch aussprachen.....

Dieses Vorgehen zeigt, dass die Regierung den Austausch mit eben solcher Langsamkeit vorantreibt, die die FARC bei der Wiederaufnahme von Friedensgesprächen an den Tag legt.

Sie tut das unter anderem deswegen, weil, obgleich die Ex-Präsidenten Turbay, Lemos, Samper und López Michelsen versichern, eine derartige Übereinkunft sei juristisch möglich und politisch wünschenswert, eine solche für die Regierung viele Risiken beinhaltet. Das wichtigste Risiko besteht darin, dass ein Austausch einen zusätzlichen Anreiz zu noch mehr Entführungen geben könnte. Seit 1996 nähert sich die Zahl der von der FARC Entführten laut der Stiftung Pais Libre bereits der skandalösen Zahl von 6000.

Deswegen besteht Pais Libre darauf, dass ein eventueller Austausch nicht nur die aus politischen Gründen, sondern auch die aus ökonomischen Gründen Entführte einschließen müsse. Letztere stellen eine deutliche Mehrheit.

"Zwischen beiden Kategorien zu unterscheiden würde bedeuten, dass man Entführungen zur Erpressung von Lösegeld zu einem noch größeren Geschäft machen würde.....", kommentiert Olga Lucía Gomez von Pais Libre.

Vizepräsident Francisco Santos, Gründer von Pais Libre (zu der Zeit, als er Journalist war und entführt wurde, A.d.Ü.), warnt, es dürfe nicht Entführte erster, zweiter und dritter Klasse geben. "Aus meiner Vergangenheit als Entführungsoffer kann ich sagen, dass keine der Erfahrungen mit humanitären Übereinkünften für unser Land gut war. Sie bedeuteten weder das Ende noch die Reduzierung der Entführungen", sagte Santos am Freitag. Er kam zusammen mit der früheren Ministerin Maruja Pachón während der Regierungszeit von Präsident Gaviria frei.....

Die Regierung hat durchblicken lassen, dass sie sich nicht darauf einlassen will, einfach eine Verhandlung von Gleich zu Gleich zu führen. "Mich kriegen sie nicht dazu, zum Rhythmus der FARC zu tanzen" sagte Präsident Uribe am Dienstag, einen Tag nach der Erklärung der Ex-Präsidenten.

Zudem erklärte nach dem Forum am Montag der Friedenskommissar Luis Carlos Restrepo in vertraulichem Gespräch mit Angehörigen mehrerer Familien Entführter, dass die Regierung ihn nicht öffentlich als ihren Sprecher zum Thema der Übereinkunft benennen werde, obwohl er de facto der Unterhändler dafür sei. Als Uribe die Kommission für die Vorverhandlungen mit den Paramilitärs benannte, war er anders vorgegangen.

Die FARC besteht darauf, dass bekannt gegeben wird, wer die Unterhändler der Regierungsseite sind und hat ihrerseits überraschenderweise am vergangenen Sonntag Unterhändler benannt.

Daraus und aus dem Umstand, dass FARC-Chef Marulanda in jüngster Zeit drei Briefe in dieser Angelegenheit geschrieben hat, kann man schließen, dass die FARC sich unter Zeitdruck sieht.

Wie man weiß, nutzt das Büro des Friedenskommissars weiterhin den Weg über die "Begleitkommission" für Kontakte, obwohl diese von der FARC nicht akzeptiert wurde.

Von dieser Woche an wird die Kommission versuchen, zu einem der drei FARC-Unterhändler Kontakt herzustellen, um diese zu überzeugen, dass es nicht die Absicht der Kommission ist, den Prozess hinauszuzögern, sondern die Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Ebenfalls aktiv bleibt Konsul José Noé Rios in dem Maße, wie sein Wohnsitz Kenia ihm dies erlaubt.

Dieser Mann der Regierung mit langer Erfahrung in humanitären Verhandlungen kommt bald nach Kolumbien. Seine Ankunft im Land könnte zusammenfallen mit der von James Lemoyne,

spezieller Kolumbien-Berater der UN, der unabhängig von Rios an humanitären Vereinbarungen arbeitet. Lemoyne und Rios stehen per E-Mail in permanentem Kontakt, und beide haben elektronische Kontakte zur FARC.

Die andere große Ungewissheit bezüglich einer humanitären Vereinbarung hat damit zu tun, wie man verhindern kann, dass freigelassene Guerrilleros neue Verbrechen begehen.

Die Politik Uribes der "Demokratischen Sicherheit" zielt darauf ab, Guerilleros ins Gefängnis zu bringen statt sie freizulassen. Zudem nimmt die Zahl der Deserteure aus der FARC zu.

Vor einigen Wochen gab das Verteidigungsministerium bekannt, pro Tag stellten sich freiwillig 2 Guerilleros. Die wichtigsten Fürsprecher eines Abkommens, die Ex-Präsidenten López und Samper, geben zu bedenken, dass man es mit einem Abkommen im Krieg und nicht im Frieden zu tun habe.

Darum bestehen sie auch darauf, dass die internationalen Instrumente, die durch Gesetze in die kolumbianische Rechtsordnung übernommen wurden, den Rahmen darstellen, innerhalb dessen man vorgehen könne.

Bei genauerem Hinsehen fehlt jedoch die Beachtung des Umstandes, wie in einem Staat, wo die drei Gewalten unabhängig sind, der Präsident Richter und Staatsanwälte anweisen könnte, verurteilte Guerilleros auf der Grundlage eines solchen Abkommens freizulassen.

In einem Kommentar in der Ausgabe dieser Zeitung von heute verteidigt Expräsident López aber erneut ein derartiges Abkommen und gestern sagte der Ombudsmann Eduardo Cifuentes, dass die Regierung "die Angst vor einer Übereinkunft ablegen muss, und sich nicht aus Furcht vor freigelassenen Guerilleros den Blick verdunkeln lassen darf".

Die Regierung weiß das. Die Frage ist, welche Schritte sie in Zukunft tun wird, um sicherzustellen, dass ein Abkommen der Guerilla nicht auf dem Silbertablett serviert wird und andererseits richtig mit dem Druck umzugehen weiß, der von den Familien und der öffentlichen Meinung ausgeübt wird.

Bibiana Mercado